

Podiumsdiskussion zur Bürgerschaftswahl „Für ein soziales Hamburg“ am 16. Januar 2020

Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender SoVD Hamburg

Es gilt das gesprochene Wort.

Herzlich willkommen! Wir freuen uns sehr, dass Sie alle gekommen sind. Wir sind dankbar und ich begrüße Sie herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung.

Wir sind zu Gast in der Stiftung Kulturpalast Hamburg Billstedt. Das ehemalige „Wasserwerk Billstedt“, die Pumpenhalle und das Vorderhaus aus den Jahren 1912/1913 sind denkmalgeschützt. Der Kulturpalast ist eine Einrichtung, die weit über Billstedt hinaus bekannt ist, insbesondere durch die Klangstrolche und die Hip-Hop Academy Hamburg. Rund 250.000 Besucher kommen jährlich in 320 Veranstaltungen und 460 Angeboten der kulturellen Bildung. Dieses Angebot ist für die Menschen, die hier leben und eine sehr beachtenswerte Leistung!

Wir sind ganz bewusst hierhergekommen. Denn Billstedt ist ein Stadtteil, der eine Reihe von Problemen hat und nicht verwöhnt ist. Hier beziehen 19,9 Prozent der Menschen regelmäßig Sozialleistungen nach SGB II. Im Vergleich zum Durchschnitt in Hamburg mit 9,9 Prozent, ist das doppelt so hoch. In Blankenese beziehen nur etwas mehr als ein Prozent Sozialleistungen nach dem SGB II.

Dies zeigt nicht nur die soziale Spaltung, die sich durch Hamburg zieht, sondern auch, wie sehr die Billstedter*innen abgehängt sind. Unsere heutige Veranstaltung soll auch das Signal aussenden, diesen Stadtteil mehr in den Blick zu rücken.

Ihnen Frau Dörte Inselmann, Intendantin und Vorstand der Stiftung Kultur Palast Hamburg, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich für die gastfreundliche Aufnahme in Ihrem Haus und die Unterstützung bei der Planung und Gestaltung unserer heutigen Diskussionsveranstaltung.

Es ist mir eine ganz besondere Freude, Sie heute begrüßen zu können: Herzlich willkommen Frau Rheinhold. Sie werden heute unsere Diskussion moderieren und dabei unsere Podiumsgäste vorstellen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Ich sehe viele gute Freunde und Freundinnen und Weggefährter*innen unter unseren Gästen, Vertreter*innen politischer Parteien, aus Verbänden,

Vereinen und aus dem SoVD. Sie alle begrüße ich heute sehr herzlich zu unserer Veranstaltung.

Hamburg bietet Kostenfreiheit für eine fünfstündige Kita-Betreuung, und der Besuch der Universität ist ebenfalls kostenfrei.

Das Mindestlohngesetz und das geänderte Vergaberecht zeugen von der Absicht des Senats, faire Löhne und Arbeitsbedingungen in Hamburg zu schaffen.

Der Übergang von der Schule in den Beruf ist eine sehr beachtenswerte Initiative, die durch eine Jugendberufsagentur gut unterstützt wird.

Hervorheben möchte ich auch, dass es dem Senat gelungen ist, den Wohnungsbau wieder deutlich anzukurbeln. Gut 10.000 Wohnungen pro Jahr sind eine beachtliche Leistung, die auch bundesweit Anerkennung findet.

Der soziale Wohnungsbau hinkt allerdings immer noch deutlich hinterher. Deutlich festzumachen ist dies durch die Abnahme der mietpreisgebundenen Sozialwohnungen. 2011 gab es in Hamburg 99.000, heute sind es nur noch knapp 80.000.

Mit Nachdruck wird der barrierefreie Ausbau des U-Bahn-Netzes betrieben. Das ist in der Stadt ein großes Anliegen.

Hamburg ist eine großartige Stadt mit vielen Sehenswürdigkeiten.

Wie Welthandel geht, kann man bei uns im Hafen jeden Tag beobachten.

Hamburg hat große Grünflächen und eine moderne Infrastruktur. Dies alles ist über viele Jahrzehnte entwickelt worden und daran ist mehr als nur eine politische Partei beteiligt gewesen. Wer daran partizipieren kann, kann dies mit großem Vergnügen tun.

Aber schon Goethe wusste: „Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten.“ Und genauso ist es auch beim Rot/Grün geführten Senat.

Denn in unserer wohlhabenden Hansestadt sind bereits 18,4 Prozent - fast jede*r Fünfte der Hamburger*innen - soweit sozial abgehängt, dass ihnen die Möglichkeit der Beteiligung an vielen Stellen fehlt.

Bedrückend ist die hohe Armutsquote unter Kindern und Jugendlichen, bei Familien mit mehreren Kindern und bei Alleinerziehenden.

Und seit langem bereitet uns der rasante Anstieg der Altersarmut in der Stadt Sorge.

Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen ist ein immer größer werdender Teil von Menschen von der Gesellschaft abgehängt. Immer noch muss eine große Zahl von ihnen von Hartz IV leben.

In Hamburg arbeiten fast 40 Prozent aller Arbeitnehmer*innen in

atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Denn aus normalen

Arbeitsplätzen werden immer mehr Zeit-, Frist- oder Minijobs. Daraus

entsteht immer öfter prekäre Beschäftigung: mit zu wenig Lohn, ohne

soziale Absicherung, Zukunft ungewiss. Über 30.000 müssen aufstocken, weil das Erarbeitete nicht zum Leben reicht.

Langzeitarbeitslose haben auf dem Arbeitsmarkt nur geringe Chancen. OECD-Studien belegen es immer wieder: Deutschland landet in Bezug auf die Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit stets auf den hinteren Plätzen. Abhilfe hat bisher auch das Teilhabechancengesetz nicht gebracht. Bisher haben nur etwas mehr als 600 Langzeitarbeitslose über diese Maßnahme einen Job gefunden, viele davon bei Beschäftigungsträgern.

Gerade die Beschäftigungsträger könnten für viele Langzeitarbeitslose zu einem Jobwunder werden, wenn der Senat sie vernünftig unterstützen würde. Hier fehlt es an einer Basisfinanzierung und an Co-Finanzierungsmitteln für Projekte. Hamburg hat hier einen großen Nachholbedarf!

Wir beobachten mit großer Sorge, dass sich soziale Dienste und Einrichtungen zunehmend in einem Wettbewerb untereinander befinden. Sie wollen und müssen Marktanteile sichern. Ihr Wettbewerb sollte sich jedoch mehr auf Ideen und Konzepte zur Überwindung von Armut beziehen. Wir wünschen uns, dass dies zunehmend auch zur Politik des Hamburger Senats wird.

Am Geld mangelt es offenbar nicht! Hohe Haushaltsüberschüsse ermöglichen viel Spielraum. Ich appelliere deshalb an alle Parteien: Lassen Sie einen Teil des Geldes in soziale Angebote und Projekte fließen. So könnten Sie vielen Menschen die Beteiligung an der Gesellschaft sichern und zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen.

Manchmal hilft es ja, wenn man auf das hört, was andere gesagt haben. Mit Nelson Mandela beispielsweise verbinde ich den Satz: „Die Überwindung der Armut ist kein Akt der Barmherzigkeit, sondern ein Akt der Gerechtigkeit.“ Wir als SoVD fügen hinzu: Soziale Gerechtigkeit muss der selbstverständliche Kompass für politisches Handeln in der Stadt sein. Heute und in der Zukunft!

Am heutigen Abend wollen wir unsere sozialpolitische Orientierung mit Vertreter*innen der Parteien diskutieren, um deren Positionen herauszufinden. Natürlich können Sie sich ebenfalls an der Diskussion beteiligen. Frau Rheinhold wird Sie dazu auffordern.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Veranstaltung.

Ich übergebe nun an Sabine Rheinhold. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.